Werdener Nachrichten

Die Pflicht zur Faulheit

Zur Einschränkung von Grundrechten und ihrer Begründung

Gedanken des gebürtigen Werdener Kunsthistorikers und Philosophen Ludger Fischer, der jetzt in Brüssel lebt, zur Corona-Krise und deren gesellschaftlichen Folgen.

Der Werdener Kunsthistoriker und Philosoph Ludger Fischerlebt und arbeitet als Lobbyist in Brüssel.

Grundrechte gelten, wie jedes Recht, nicht immer und nicht überall und nicht für jeden. Die ohnehin fragwürdige Illusion eines für alle Menschen allzeit geltenden Rechts, zumindest eines Rechts, das für alle gelten sollte, bekam mit dem Ausbruch des Corona-Virus einen kräftigen Dämpfer. Und das ärmelaufkrempelnde Arbeitsethos auch.

Priorität hatte plötzlich Anderes. Auch für jeden Einzelnen. Olympische Ansprüche galten nicht mehr. Jetzt ging es nicht mehr darum, höher, weiter, schneller, besser, erfolgreicher zu sein. Der Sinn von Arbeit wurde prinzipiell in Frage gestellt. Ihre Begründung mit dem Ergebnis, und seien es Zierleisten für Küchenschränke, bekam einen Knacks. Kein Mensch braucht Zierleisten am Küchenschrank. Ihre Begründung mit dem erwirtschafteten Geld auch. Kein Mensch, auch die, die ihre Arbeit verloren, musste für seinen Lebensunterhalt betteln gehen. Das soziale Netz funktionierte weitgehend.

Dagegen wurde Paul Lafargues Recht auf Faulheit ernsthaft bedacht und im besten Fall auch praktiziert. Lafargue hatte damit 1880 der Forderung eines Rechts auf Arbeit widersprochen. Ausgerechnet die Arbeiterbewegung seiner Zeit, so Lafargue, sei von Arbeitssucht beherrscht. Sie treibe eine »Liebe zur Arbeit, die rasende, bis zur Erschöpfung der Individuen und ihrer Nachkommenschaft gehende Arbeitssucht«.

Tatsächlich ging es Lafargue – anders, als im Titel seiner Streitschrift angekündigt – gar nicht um ein Recht auf Faulheit, sondern um die Abschaffung kapitalistischer Produktionsweisen, der kapitalistischen Moral, der sich die Arbeiter klaglos beugten. Weshalb seine sozialistischen Kollegen, allen voran sein Schwiegervater Karl Marx, 1848 ein Recht auf Arbeit gefordert hatten, war ihm nicht klar. Dieses Recht nutzte ihnen weniger als denen, für die sie arbeiteten. »Schande über Euch, Proletarier!« So funktioniert das System. Und das seit der Antike! Deshalb zitierte Lafargue auch Herodot, der nicht zu sagen gewusst habe, »ob die Griechen die Verachtung, mit der sie auf die Arbeit blicken, von den Ägyptern haben, weil ich dieselbe Verachtung bei den Thrakern, bei den Skythen, bei den Persern und den Lydern verbreitet finde.« Faulpelze, wohin man blickt.

Zu Lafargues Zeit gab es aber überall auch Völker, die in seinen Augen besessen von Arbeit gewesen seien, die darin ein »organisches Bedürfnis« gesehen hätten: Auvergnaten, Schotten, Galizier, Pommern, Chinesen. Neben der Belastung der Arbeitenden erkannte Lafargue bereits den Schaden, der aus der Überproduktion erwächst.

Und während der Pandemie 2020? Weil ohnehin nichts ging, weil viele der bisher so wichtig genommenen Anforderungen, wie Disziplin, Pünktlichkeit, Effektivität nicht mehr einzuhalten waren, konnte sich auch der Einzelne eine Pause gönnen, eine Zwangspause.

Seit Jahrzehnten predigten Fortschrittsverweigerer, Kapitalismuskritiker und Gesundheitsapostel, dass es so nicht weitergehen könne. Statt mehr, noch mehr, am meisten, sollten die Menschen Nichts anstreben. Die Combo Geier Sturzflug hatte ironisch in die Hände gespuckt, um das Bruttosozialprodukt zu steigern. Dass die Musikanten damit auch ihren Profit erheblich steigerten, war unausweichlich.

So funktioniert Kapitalismus. Das Geldverdienen lässt sich kaum verhindern. Mick Jagger, viel zu stark aufs Sexuelle reduziert, hatte sich schon darüber beklagt, dass das ständige Mehr ihn einfach nicht befriedige: »Wenn ich vor dem Fernseher sitze – Und da kommt dieser Mann und erzählt mir, wie ich meine T-Shirts noch weißer machen kann – Und ich bekomme einfach keine, ich bekomme einfach keine,ich bekomme einfach keine Befriedigung, keine Befriedigung, keine Befriedigung, keine Befriedigung.« Das muss man aushalten können. Das Lied selbst verschaffte Mick Jagger, weil er es ausreichend ekstatisch vortrug, sicher etwas Befriedigung.

Nichts gelernt aus der Krise hatte dagegen die Firma Volkswagen, die dem alten Credo »Stillstand ist Rückschritt« in ihrem Corona-Werbespot einen neuen Anstrich gab: »Wer still steht, erreicht nichts.«

Entschleunigung

Wer vor und bis zur Corona-Krise in den Ruhestand ging, musste ihn sich wohlverdient haben, nicht etwa erschlichen oder ertrödelt oder dazu gezwungen worden sein. Plötzlich befand sich fast die gesamte Welt im Ruhestand. Keineswegs wohlverdient. Plötzlich ging es. Ein Virus legte das Immer-mehr-System lahm. Ein umfangreiches Muss-das-sein stand im Raum. Die Globalisierung machte Pause (außer bei der Verbreitung eines Virus). Die Märkte waren gesättigt (außer die des Gesundheitswesens). Schwänzen, trödeln, am helllichten Tag fernsehen, so was schafft nicht nur Verdruss. Viele Grundrechte, sonst hohes Gut besonders in Demokratien, machten Frühlings- und Sommerurlaub. Menschen erinnerten sich daran, dass sie außer Rechten auch Pflichten hatten. Massive Einschränkungen wurden weitgehend klaglos hingenommen. Erhebliche Änderungen ihres täglichen Lebens fanden die Meisten mittelaufregend. Wenn sie nicht arbeiten durften, arbeiteten sie eben nicht. Das Geld aber floss bei den Meisten weiter, bei Beamten, bei Angestellten im öffentlichen Dienst, und auch – zumindest teilweise – bei den meisten Angestellten in der Privatwirtschaft. Die Gesellschaft konnte sich die Entschleunigung plötzlich leisten. Weniger zu verdienen, bedrohte nur die Existenz von Wenigen.

Wer an den Luxus eines regelmäßigen Einkommens gewohnt war, konnte leicht darauf verzichten, dafür auch zu arbeiten. Andere allerdings wussten ohne Arbeit gar nicht, was sie mit sich anfangen sollen. Sie hatten einen Großteil ihrer Identität aus ihrem Beruf bezogen. Ohne empirische Daten dafür, lässt sich nicht belegen, dass dies bloß Ausnahmen waren. Belegen lässt sich aber, dass die massive Einschränkung von Grundrechten in allen Ländern eine überraschende Akzeptanz fand. Der damit verbundene Gewinn an Zeit für Wesentliches wurde teilweise sogar als angenehm empfunden. Ein Recht auf Faulheit musste gar nicht mehr erkämpft werden. Es wurde staatlich verordnet. Maßnahmen, die bisher unvereinbar mit einer freiheitlichen Gesellschaft waren, wurden von Regierungen unterschiedlichster Ausrichtung ergriffen.

Keine Regierung, ob in Demokratien, Diktaturen oder unter religiösen Regimen, konnte das Risiko eingehen, keine drastischen Maßnahmen zu ergreifen. Die Verhältnismäßigkeit ergab sich nicht aus den Kosten und dem Nutzen, sondern aus den Kosten und den unabsehbaren Schäden für die Gesellschaft und damit für die jeweils Verantwortlichen. Deshalb wurde die massive Einschränkung von Freiheiten auch von ihren flammenden Verfechtern weitgehend klaglos akzeptiert. Die Gefahr, als Verharmloser angeprangert werden zu können, war lange Zeit größer als die, zu rigide zu handeln. Wer es wagte, Kosten und Nutzen gegeneinander abzuwägen, verspielte viele Punkte in der Wählergunst. Die Reaktionen auf eine zweite, dritte und vierte Infektionswelle könnten ganz anders ausfallen. Kritik an den vorbeugenden Maßnahmen kam diesmal vor allem aus politischen Lagern, die es mit den Grundrechten ansonsten nicht allzu ernst nehmen, etwa dem Recht auf Asyl bei politischer Verfolgung.

Abschalten auf Anweisung. Das war bisher kein Wunsch von Arbeitgebern. Ihre Maximen lauteten bislang Flexibilität und Bereitschaft zur Mehrarbeit für dasselbe Geld. Das wurde während der Krise anders. Die Treiber hatten nichts mehr zu treiben. Erzwungen wurde die Notwendigkeit, Kommunikationsmittel anzuwenden, die bisher Vielen als technische Spielerei galten. Viele entdeckten, dass es gar nicht so kompliziert ist, sie anzuwenden.

Auf Wachstumswahn und Stillstand in vielen Branchen folgte der wirtschaftliche Rückgang. Das konnte nicht lange gut gehen. Trotzdem hat die Krise gezeigt, dass eine *leichte* gesellschaftliche Änderung durch die Einsicht wachsen k*önnte*, dass nicht alles immer besser, weiter, schneller gehen muss.

(Dieser Artikel erschien zuerst in: myops, Berichte aus der Welt des Rechts, Nr. 40)